

# WAHLCHECK MITTELSTAND

HESSEN



Der  
Mittelstand.  
BVMW

Bundesverband mittelständische Wirtschaft  
Unternehmerverband Deutschlands e.V.



# INHALT

Unternehmertum	5
Bildung und Fachkräftesicherung	6
Verkehr und Infrastruktur	7
Digitalisierung	8
Entbürokratisierung und Entlastung	9
Forschung und Entwicklung im Mittelstand voranbringen	10
Energieversorgung dezentral und effizient gestalten	11



Liebe Kandidatinnen und Kandidaten,

am 28. Oktober 2018 findet in Hessen die Landtagswahl statt. Sie haben es buchstäblich in der Hand, wie es in unserem Bundesland weitergeht. Denn über wesentliche Bedingungen für den Standort und für Investitionen entscheiden die Landespolitiker in Wiesbaden. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft unterstützt fragen- und faktenorientiert Unternehmerinnen und Unternehmer bei ihrer Wahlentscheidung. Im vorliegenden WAHLCHECK zur Landtagswahl in Hessen hat der BVMW seine mittelstandspolitischen Ziele formuliert.

Ein besonderes Augenmerk muss die nächste Landesregierung auf den Mittelstand legen. Hessen gehört zum Herzen eines ökonomisch integrierten, europäischen Binnenmarkts. Das gilt für industrielle Hochtechnologie ebenso wie für die Landwirtschaft. Mit der Mainmetropole Frankfurt hat unser Bundesland den Finanzstandort der Bundesrepublik schlechthin. Dennoch ist unsere Wirtschaftsstruktur auch stark von mittelständischen Unternehmen geprägt. Die Zahlen sprechen für sich: 99,6 Prozent der Betriebe haben weniger als 250 Mitarbeiter.

Vergessen wir nicht: Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind in besonderer Weise leistungs- und anpassungsfähig. Sie erwirtschaften jeden zweiten Euro Umsatz und beschäftigen zwei Drittel der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land. Trotz der hohen Standards und insgesamt guten Bedingungen leiden Unternehmen und ihre Zulieferer bzw. auswärtigen Geschäftspartner unter der ungenügenden Verkehrsinfrastruktur. Existenzgründungen befinden sich seit geraumer Zeit auf einem niedrigen Niveau. Die Zahl der Patentanmeldungen von kleinen und mittleren Unternehmen sinkt. Hier muss nicht nur finanziell unterstützt werden, sondern auch ein unternehmensfreundlicheres Klima her. Ein besonderes Augenmerk muss die kommende Landesregierung auf den Mittelstand im ländlichen Raum und die Verbesserung der Infrastruktur legen. Für die Unternehmen dort ist es schon jetzt schwieriger, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Uns bewegt insbesondere der digitale Wandel, den wir ja gerade auch im ländlichen Raum vorantreiben wollen. Sowohl die digitale Bildung als auch die IT-Sicherheit sind maßgebend für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung Hessens heute, morgen und übermorgen.

Im Bund und in allen Bundesländern ist der BVMW die Stimme des Mittelstands – und er ist eine starke Stimme, die Gehör findet. Der BVMW spricht im Rahmen seiner Mittelstandsallianz für 600.000 Mitglieder mit über zwölf Millionen Beschäftigten. Unser Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder machtvoll und erfolgreich gegenüber der Politik in Städten und Gemeinden, in Bund und Ländern und nicht zuletzt durch den europäischen Mittelstandsdachverband European Entrepreneurs (CEA-PME) in Brüssel. Die Repräsentantinnen und Repräsentanten des BVMW pflegen jährlich rund 700.000 direkte Kontakte zu Mittelständlern. Mit seinen bundesweit mehr als 300 Geschäftsstellen ist der BVMW der Ansprechpartner für die mittelständischen Unternehmen vor Ort. Unser Verband vermittelt Kontakte zu Abgeordneten, Landespolitikern und Verwaltungen.

Nutzen Sie die Chance und erreichen Sie unsere Mitgliedsunternehmen in Hessen mit Ihren Antworten zur Landtagswahl 2018. Wir bitten um Einreichung bis Ende August. Engagieren wir uns gemeinsam: für den Mittelstand, für Hessen, für Deutschland.

Mit den besten Wünschen  
Ihr

Prof. Dr. h.c. Mario Ohoven  
Präsident des BVMW und des europäischen Mittelstandsdachverbands CEA-PME



# **WAHLCHECK ZUR LANDTAGSWAHL 2018 IN HESSEN**

Probleme • Fragen • Lösungen

# 1.

## UNTERNEHMERTUM

### **Problem:**

Die Zahl der Existenzgründungen in Deutschland stagniert auf niedrigem Niveau. Hessen hat laut KfW Gründungsmonitor bundesweit sogar den größten Einbruch der Gründungstätigkeit in den letzten Jahren zu verzeichnen. Trotz einer guten Start-up-Atmosphäre gelingt es offensichtlich nicht, das Unternehmertum als Grundfeste der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Land zu fördern.

### **BVMW-Position:**

**Unternehmertum ist eine Quelle von Innovation, Investition, Wachstum und Beschäftigung. Es sind bessere finanzielle Rahmenbedingungen (z.B. Wagniskapital) und Beratungen für Gründer notwendig. Eine Verbesserung gründungsbezogener Ausbildung an Schulen und Hochschulen hat großes Potenzial zur Förderung einer Kultur unternehmerischer Selbstständigkeit. Die flächendeckende Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“, die Förderung von Schülerfirmen sowie mehr Kooperation der Schulen und Hochschulen mit dem Mittelstand wären das Fundament künftiger Unternehmergegenerationen. Außerdem müssen neu gegründete Unternehmen in den ersten drei Jahren von Berichtspflichten, statistischen Auskunfts-vorschriften und unangemessenen Vorschriften des Arbeitsrechts befreit werden.**

### **Fragen an die Parteien:**

Welche konkreten Pläne haben Sie, um Unternehmensgründungen zu fördern?

Wie wollen Sie die unternehmerischen Rahmenbedingungen für Gründungen verbessern?

Welchen Stellenwert räumt Ihre Partei Selbstständigen, Freiberuflern und Unternehmern im gesellschaftlichen Kontext ein?

## 2.

# BILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG

### **Problem:**

Laut INSM-Bildungsmonitor 2017 liegt Hessen beim Thema Bildung nur im Mittelfeld. Vor allem bei der Beruflichen Bildung scheint Hessen zu schwächeln. Mittelständische Unternehmen haben in peripheren Regionen Hessens große Schwierigkeiten, passende Fachkräfte zu finden. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass vorhandenes Potential nicht optimal genutzt werden kann: Fehlende Betreuungseinrichtungen für Kinder machen es berufstätigen Eltern oft schwer, in Vollzeit zu arbeiten.

### **BVMW-Position:**

**Der wichtigste Rohstoff Deutschlands sind gut ausgebildete Menschen. Vor allem in sozial schwachen Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, sollte eine bessere Betreuung von Schülerinnen und Schülern stattfinden. Eine gute Berufsorientierung ist nötig, um qualifizierten Nachwuchs zu sichern und die Anzahl an Ausbildungs- und Studienabbrechern zu verringern. Der BVMW setzt sich dafür ein, der Fachkräftegewinnung und Fachkräftesicherung eine hohe politische Priorität einzuräumen. Viele Studienabbrecher und Unternehmen wissen häufig nichts von bestehenden Initiativen und Programmen. Die Politik steht in der Pflicht, aufzuklären und zu unterstützen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hessen zu sichern.**

### **Fragen an die Parteien:**

Wie wollen Sie für bessere Bildung in Hessen sorgen?

Mit welchen Projekten möchten Sie die wirtschaftliche und digitale Kompetenz von Schülern unterstützen?

Wie wollen Sie Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung und -sicherung unterstützen?

Durch welche Maßnahmen möchten Sie die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt fördern?

Wie unterstützen Sie Berufstätigkeit von Eltern?

# 3.

## VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

### **Problem:**

Die wirtschaftliche Entwicklung Hessens hängt auch von einer guten Verkehrsinfrastruktur ab. Als Verkehrsdrehscheibe im Zentrum Europas hat das Land eine besondere Verpflichtung, ein verlässliches und modernes Verkehrskonzept vorzulegen und zeitnah umzusetzen. Hessen beheimatet mit der Region Frankfurt am Main zudem den wichtigsten Verkehrsknotenpunkt in Deutschland und Europa.

### **BVMW-Position:**

**Der Mittelstand ist auf eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Öffentliche Mittel müssen für Investitionen und den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur verwendet werden. Außerdem muss der Verkehrsfluss verbessert werden, vor allem zur Optimierung des Warenverkehrs. Die Vergabe öffentlicher Aufträge sollte dabei mittelstandsfreundlich gestaltet sein. Zudem müssen mittelstandsfeindliche Einschränkungen der Mobilität verhindert werden. Dies gilt sowohl für Fahrverbote in Innenstädten als auch in besonderem Maße für die Pkw- und Lkw-Maut.**

### **Fragen an die Parteien:**

Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig genügend Mittel für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur zur Verfügung stehen?

Wie stellen Sie sicher, dass die zur Verfügung stehenden Mittel effizient investiert werden?

Setzen Sie sich dafür ein, Fahrverbote in Innenstädten zu verhindern? Wenn ja, wie?

# 4.

## DIGITALISIERUNG

### **Problem:**

Im Bereich der Digitalisierung bieten sich in Deutschland enorme Potenziale. Beim internationalen Digitalranking erreichen wir allerdings nur mittelmäßige Werte. Die Nutzung von Informationstechnologien ist für Unternehmen unerlässlich, um neue Märkte zu erschließen und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Schnelle Breitbandnetze sind ein herausragender Standortfaktor. Schon heute wirkt sich die Digitalisierung für 66 Prozent der Mittelständler positiv auf die Geschäftstätigkeit aus. Deshalb benötigen wir für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit einen flächendeckenden Glasfaseranschluss bis in die Gebäude.

Gerade ländliche Regionen sind bei der Breitbandversorgung zum Teil erheblich unterversorgt und damit von der digitalen Welt abgeschnitten. Gleichzeitig werden immer mehr mittelständische Unternehmen von Cyberkriminalität bedroht.

### **BVMW-Position:**

**Eine vernetzte und sichere IT-Infrastruktur ist unabdingbar für unternehmerischen Erfolg. Der Breitbandausbau muss mit dem Ziel der flächendeckenden Versorgung von mehr als 50 Mbit/s zügig vorangetrieben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten und zu stärken. Gleichzeitig muss sich die kommende Regierung verstärkt der Unterstützung und Begleitung von kleinen und mittleren Unternehmen in Zeiten der digitalen Transformation widmen.**

### **Fragen an die Parteien:**

Welche Vorhaben planen Sie zur weiteren Akzeptanz und Annahme der Digitalisierung der kleinen und mittleren Unternehmen?

Mit welchen Maßnahmen planen Sie den zügigen und flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Hessen?

Wie wollen Sie die IT-Sicherheit des Mittelstands stärken?



# 5.

## ENTBÜROKRATISIERUNG UND ENTLASTUNG

### **Problem:**

Im Jahr 2017 lagen die Bürokratiekosten der deutschen Wirtschaft laut Statistischem Bundesamt bei rund 45 Milliarden Euro. Dem Mittelstand entstehen durch staatliche Regulierung und die Verpflichtung zur Zuarbeit für die öffentliche Verwaltung jährlich immense Belastungen. Ein enormer Arbeitsaufwand durch Dokumentations- und Informationspflichten und oftmals lange Wartezeiten auf Entscheidungen behindern die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen. Verschärft wird dies durch die hohe Steuer- und Abgabenlast, die Unternehmen und Arbeitnehmer immer mehr in die Zange nehmen. So ist es kein Wunder, dass in der BVMW-Unternehmerumfrage rund 77 Prozent der Mittelständler im Abbau von Bürokratie die wichtigste Aufgabe der Politik sehen.

### **BVMW-Position:**

**Der Mittelstand muss von überflüssiger Bürokratie befreit werden. Zielmarke ist die Halbierung der Bürokratiebelastung. Das Arbeitsrecht ist gerade für kleinere mittelständische Unternehmen, ohne eigene Rechts- und Personalabteilung, schwer zu erfassen. Vor allem kleine Unternehmen sollten von Melde- und Berichtspflichten ausgenommen werden. Ein zentraler Ansprechpartner für Unternehmen in den Verwaltungen (One-Stop-Agency) würde für mehr Überblick und eine starke Vereinfachung sorgen und wird daher dringend angeraten. Die Kommunikation mit Ämtern und Behörden muss unkompliziert auf digitalem Weg möglich sein. Eine moderne öffentliche Verwaltung leistet einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. So ermöglicht E-Government den unkomplizierten und zeitlich unabhängigen Zugang zu den Leistungen des Staates. Die vorhandenen Förderprogramme müssen mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden – verständlich, bundeseinheitlich, ohne komplizierte Nachweispflichten und auf die Belange des Mittelstands zugeschnitten. Unternehmer und Existenzgründer sollen in einem positiven Klima des Miteinanders arbeiten können. Die One-in-One-out-Klausel muss auch bei der Umsetzung des EU-Rechts in deutsches Recht konsequent angewendet werden.**

### **Fragen an die Parteien:**

Wie werden Sie sich für einen Abbau der Bürokratie für den Mittelstand einsetzen?  
Wie wollen Sie eine Absenkung der Steuer- und Abgabenlast für kleine und mittlere Unternehmen herbeiführen?

# 6.

## FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG IM MITTELSTAND VORANBRINGEN

### **Problem:**

Die Kooperation zwischen der mittelständischen Wirtschaft und den Hochschulen ist Garant für die erfolgreiche Transformation von Grundlagenwissen in wirtschaftlich und gesellschaftlich nutzbare Verfahren und Unternehmensgründungen. Die Entwicklung der Innovationsausgaben von Großunternehmen und KMU driftet seit Jahren auseinander. Laut Mannheimer Innovationspanel fällt KMU die Bereitstellung der notwendigen Mittel zunehmend schwer. Die steuerliche Forschungsförderung ist endlich im Koalitionsvertrag verankert, aber noch immer nicht umgesetzt.

### **BVMW-Position:**

**In der Qualität der Hochschulbildung liegt ein wichtiger Grundstein für Innovation. Hier darf auf keinen Fall auf Kosten der Zukunft gespart oder umverteilt werden. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft und Innovationsstärke unseres Landes. Der Technologie- und Wissenstransfer zwischen KMU und Forschungseinrichtungen muss verbessert werden, etwa durch die Förderung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen. Forschungsergebnisse dürfen nicht in den Schubladen der Bildungs- und Forschungseinrichtungen verschwinden. Im Sinne einer stärkeren Praxisorientierung müssen zudem Transferkooperationen gefördert werden. Um Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern, benötigen wir ergänzend zur Projektförderung endlich eine steuerliche Forschungsförderung in Höhe von 15 Prozent für KMU. Ein neues Förderinstrument könnten Innovationswettbewerbe von Pionierinnovationen sein: Ein Unternehmen, das durch eigene Leistung und Ressourcen als Erstes oder Bestes ein vordefiniertes Ziel erreicht, wird öffentlichkeitswirksam mit Anerkennung und einem Geldpreis geehrt. Hiermit könnten neue Akteure zur Mitwirkung an Innovationsprozessen gewonnen werden.**

### **Fragen an die Parteien:**

Wie wollen Sie die Zusammenarbeit der regionalen Hochschulen und der ansässigen mittelständischen Wirtschaft konkret stärken?

Halten Sie eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen für sinnvoll?

Wie wollen Sie zusätzlich zur steuerlichen Forschungsförderung die Entwicklung sowie Innovationen in mittelständischen Unternehmen voranbringen?

# 7.

## ENERGIEVERSORGUNG DEZENTRAL UND EFFIZIENT GESTALTEN

### **Problem:**

Der Mittelstand ist der Motor der Energiewende und Leidtragender der hohen Energiekosten. So haben sich die Strompreise für die mittelständische Industrie in den letzten zehn Jahren beinahe verdoppelt. Kostentreiber Nummer eins sind die staatlich beeinflussten Umlagen, Steuern, Netzentgelte und Abgaben, die mittlerweile mehr als die Hälfte des Strompreises ausmachen. Dies schwächt die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen weiter.

### **BVMW-Position:**

**Der staatliche Anteil an den Energiekosten muss sinken. Die Energiewende ist machbar und finanzierbar, wenn der Strom mit Hilfe kleiner Anlagen in Verbrauchernähe, also dezentral erzeugt wird. Kurze Wege zum Verbraucher sparen Kosten durch den geringen Ausbau von Übertragungsnetzen. Ein kluger Mix der erneuerbaren Erzeugungstechnologien stärkt die Versorgungssicherheit. Die Erneuerbaren Energien müssen besser in den Markt integriert werden. Zudem müssen kleine und mittlere Unternehmen bei Maßnahmen zur Energieeffizienz besser unterstützt werden. Der BVMW erwartet von einer mittelstandsfreundlichen Landesregierung auf Bundesebene einen Einsatz zur Senkung der Stromsteuer und die Abschaffung von Steuern und Abgaben auf die Eigenstromerzeugung. Notwendig ist eine grundlegende Reform der Abgaben, Umlagen, Entgelte und Steuern auf Energie, an dessen Ende eine sektorübergreifende, dezentrale und bezahlbare Energiewende steht.**

### **Fragen an die Parteien:**

Wie wollen Sie den Mittelstand von steigenden Energiekosten entlasten?

Wie wollen Sie die KMU bei der Steigerung der Energieeffizienz unterstützen?

Wie fördern Sie die regionale Akzeptanz von neuen Erneuerbaren-Energien-Anlagen?

## **Über den BVMW:**

Im Bund und in allen Bundesländern ist der BVMW die Stimme des Mittelstandes – und er ist eine starke Stimme, die Gehör findet. Der BVMW spricht im Rahmen seiner Mittelstandsallianz für 650.000 mittelständische Unternehmen mit elf Millionen Beschäftigten. Unser Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder machtvoll und erfolgreich gegenüber der Politik in Städten und Gemeinden, in Bund und Ländern und nicht zuletzt durch den europäischen Mittelstandsdachverband European Entrepreneurs (CEA-PME) in Brüssel. Die Repräsentantinnen und Repräsentanten des BVMW pflegen jährlich rund 800.000 direkte Unternehmenskontakte. Mit seinen bundesweit mehr als 300 Geschäftsstellen ist der BVMW der Ansprechpartner für die mittelständischen Unternehmen vor Ort. Unser Verband vermittelt Kontakte zu Abgeordneten, Landespolitikern und Verwaltungen.

## **Kontakt:**

BVMW – Bundesverband mittelständische Wirtschaft,  
Unternehmerverband Deutschlands e.V.  
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin,  
Tel.: 030 533206-0, Fax: 030 533206-50  
politik@bvmw.de  
www.bvmw.de

Der Wahlcheck Mittelstand ist eine Publikation des BVMW.  
© BVMW 2018. Alle Rechte vorbehalten.